«USA wollten ein Exempel statuieren»

FINANZPLATZ Das Vorgehen im Fall CS könnte in den USA Schule machen, sagt Wirtschaftsjurist Peter V. Kunz. Die Bussen der anderen Schweizer Banken könnten nun höher ausfallen als erwartet.

INTERVIEW HANS-PETER HOEREN hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

Peter V. Kunz, mit der Credit Suisse hat sich erstmals seit Jahrzehnten eine Grossbank in den USA der Beihilfe strafrechtlich für schuldig bekannt. Wie gravierend ist dieser Schritt?

Peter V. Kunz*: Das Schuldeingeständnis hat mehr als nur Symbolkraft. Žum einen hätte es einen Entzug der Banklizenz nach sich ziehen können. Darauf haben die US-Aufsichtsbehörden verzichtet. Das Eingeständnis ist aber auch eine Steilvorlage für Schadenersatzklagen, vor allem von Kleininvestoren in den USA.

Wie stark hat die Reputation der CS gelitten, droht jetzt ein massiver Verlust an Kunden und Vermögen?

Kunz: Aussagen dazu wären reine Spekulation. Nicht zuletzt deshalb haben die US-Behörden und die CS drei Wochen lang über die Medien das Terrain für die nun vollzogene Lösung bereitet. Damit die Kunden und Anleger sich darauf vorbereiten konnten. Ich denke nicht, dass es zu erheblichen Vermögensabflüssen bei der CS kommen wird. Einzelne Pensionskassen in den USA haben bereits erklärt, dass ein Schuldeingeständnis für sie kein Grund wäre, ihre Gelder abzu-

Wenn dieses Eingeständnis keine drastischen Konsequenzen für die CS hat, warum war es den US-Behörden dann so wichtig?

Kunz: Die USA wollten keine dramatischen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, schliesslich hätten bei einem Lizenzentzug für die CS auch 15 000 Bankangestellte in den USA ihre Arbeit verloren. Die US-Behörden standen unter grossem innenpolitischem Druck, Härte gegenüber den Grossbanken zu zeigen. Zudem wollten die USA ein Exempel statuieren für den künftigen Umgang mit fehlerhaften Banken.

Das Modell CS könnte also Schule machen bei anderen Grossbanken. Kunz: Das Vorgehen gegen die CS dürfte Modellcharakter haben. Ich denke, dass die US-Behörden auch von der französischen Grossbank BNP Paribas ein Schuldeingeständnis fordern und ihr eine ähnlich happige Busse auferlegen werden. Auch ÛS-Grossbanken müssen künftig mit einer derartigen Härte rechnen.

Was heisst die heutiae Finiauna für die verbliebenen zwölf Schweizer Banken in der Gruppe 1 wie Julius Bär oder die Zürcher Kantonalbank, gegen die in den USA bereits strafrechtliche Untersuchungen laufen?

Kunz: Man muss zwei Aspekte auseinanderhalten. Auch die anderen Schweizer Banken müssen damit rechnen, dass ihre Bussen teurer ausfallen werden als erwartet. Ich wäre aber erstaunt. wenn das US-Justizministerium von allen betroffenen zwölf Schweizer Ban-



Urs Rohner, Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse, gestern an einer Podiumsdiskussion während des Swiss International Finance Forum in Bern. Keystone/Alessandro della Valle

ken ein Schuldeingeständnis fordern würde.

Warum?

Kunz: Die Zürcher Kantonalbank beispielsweise erklärt immer wieder, die Bankkunden im amerikanischen Markt gar nicht selber, sondern über externe Vermögensverwalter betreut zu haben. Wenn das stimmt, dann wäre ein Schuldeingeständnis sicherlich nicht angemessen. Es ist aber durchaus möglich, dass noch die eine oder andere Schweizer Bank gezwungen wird, sich offiziell schuldig zu

Wann wird der US-Steuerstreit für diese zwölf Banken erledigt sein? Kunz: Ich hoffe, die Banken der Gruppe 1 werden in einigen Monaten eine Einigung erzielt haben. Das Ende des US-Steuerstreits ist eigentlich bereits im vergangenen Jahr mit der Installierung des US-Bankenprogramms eingeläutet worden. Jetzt geht es um das Zahlen der Rechnung, die CS hat dabei die höchste

Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass sich eine Tochtergesellschaft der CS schuldig erklären könnte, um die restliche Bank nicht zu gefährden. Tatsächlich hat aber das Gesamtunternehmen (die Gesellschaft unterhalb der Holding) ein Schuldeingeständnis abgelegt. Was bedeutet das?

Kunz: Das ist in der Tat bedeutsam. Das kann für Tochtergesellschaften der CS in anderen Ländern (etwa in Frankreich oder in Italien) potenziell riskant werden, wenn die dortigen Bankaufsichtsbehörden durch den CS-Deal in den USA motiviert werden und eigene Untersuchungen einleiten. In den USA, der Schweiz und Grossbritannien allerdings drohen der CS

Banken, gegen die in den USA Strafuntersuchungen laufen.

Sie verhandeln mit der US-Justiz über Vergleiche, um einer Anklage zu entgehen.

1 Julius Bär

Zürcher Kantonalbank

Basler Kantonalbank 4 Pictet

7 Bank Leumi

5 HSBC Privatbank

Liechtensteinische Landesbank

Swisspartners Busse: 4,4 Mio. USD

Schroder & Co Neue Zürcher Bank

8 Bank Hapoalim

Bank Mizrahi

Rahn & Bodmer

Vergleich mit US-Justiz geschlossen: Credit Suisse Busse: 2,6 Mrd. USD Daten zu 4450 UBS Busse: 780 Mio. USD **UBS-Konten geliefert** Bank Wegelin Busse: 74 Mio. USD

hier keine Konsequenzen mehr.

Wie angezählt ist nach diesem Kniefall die CS-Spitze?

Kunz: Juristisch ist ein Führungswechsel nicht notwendig, weil CEO Brady Dougan und Verwaltungsratspräsident Urs Rohner nicht für die Beihilfe zur Steuerhinterziehung in den USA verantwortlich gemacht werden können. Auch wirtschaftlich wäre ein Austausch der Führungsspitze zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das würde die Märkte eher verunsichern. Ich gehe aber schon davon aus, dass der Verwaltungsrat die Personalsituation mittelfristig überprüfen wird.

Datensätze von 110

Kunden geliefert

Die UBS stand vor einigen Jahren we-

gen weitreichender Vorwürfe im Visier der US-Justiz, dennoch habe ich den Eindruck, dass der Reputationsverlust der CS angesichts des Schuldeingeständnisses mindestens so gross, wenn nicht gar grösser ist als bei der UBS. Kunz: Gefühlsmässig gebe ich Ihnen Recht. Die Vorwürfe gegen die UBS waren gravierender, sie soll auf breiter Front Steuerhinterziehung in den USA gefördert haben. Auch waren die Summen an Schwarzgeld, um die es bei der UBS ging, deutlich höher als die jetzt genannten Summen bei der CS. Dennoch ist ein Schuldeingeständnis für die Reputation rein von der Wirkung her sicherlich drastisch. Dennoch gefällt mir die Lösung des Falls CS besser als die des Falles UBS.

Kunz: Die UBS hat die meisten Probleme des Finanzplatzes bei der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung erst ausgelöst. Um die Probleme der UBS in den USA zu lösen, musste der Bund die Federführung übernehmen. Der Bund musste unter Anwendung von Notrecht Kundendaten von UBS-Kunden an die USA ausliefern. Die Lösung des Falls UBS finde ich als Staatsbürger und als Jurist höchst problematisch, weil das Schweizer Recht gebrochen wurde. Im Fall CS hat man hingegen glücklicherweise auf die Anwendung von Notrecht



* Peter V. Kunz (49) ist Ordinarius für Wirtschafts-recht an der Universität

Viele Schweizer Banken harren auf Lösung

STEUERSTREIT sda/hoe. Die internationalen Medien beurteilen die Folgen der Einigung der Credit Suisse mit den US-Behörden unterschiedlich. Während die «Financial Times» und das «Wall Street Journal» meinen, zahlreiche Kunden könnten sich nun von der CS abwenden, glaubt die «New York Times», die Schweizer Bank bleibe weitgehend unversehrt.

Das Wirtschaftsmagazin «Forbes» kritisiert, dass Brady Dougan weiterhin Konzernchef der Credit Suisse bleiben könne. Andere CEOs hätten ihren Posten wegen weniger schwerwiegender Straftaten verloren. Dass die CS eine so happige Strafe bezahlen muss, will Konzernchef Brady Dougan nicht überbewerten. «Ich glaube nicht, dass

wir den Fall unterschätzt haben», sagte er. Er wehrte sich gegen den Vorwurf, eine Lösung hinausgezögert zu haben. «Wir haben alles getan, um die Sache so schnell wie möglich zu bereinigen.»

«Wir bedauern Fehlverhalten»

Dass die Nummer zwei der Schweizer Bankbranche deutlich mehr bezahlen muss als 2009 die Konkurrentin UBS, die mit 780 Millionen Dollar davongekommen war, hat laut Dougan mehrere Gründe. «Zunächst sind fünf Jahre vergangen», erklärte er. «In dieser Zeit sind die Kosten, um solche Rechtsfälle zu besiegeln, ziemlich gestiegen.» Hinzu komme, dass die UBS im Gegensatz zur CS auch Kundendaten geliefert habe. Er sei glücklich, dass man nun zu einer Einigung gelangt sei, sagte Dougan weiter. Gleichzeitig erklärte er: «Wir bedauern das Fehlverhalten der Vergangenheit zutiefst.» Einen Rücktritt schliesst der Konzernchef jedoch aus. Ein solcher Schritt sei «nie zur Diskussion» gestanden.

Auch Kantonalbanken nehmen teil

Der Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse, Urs Rohner, sieht sich und Konzernchef Brady Dougan nicht persönlich in der Schuld für das fehlerhafte Verhalten der CS in den USA. «Persönlich haben wir eine weisse Weste», erklärte er am Dienstagmorgen gegenüber Radio SRF.

Während für die Credit Suisse der Steuerstreit durch die Einigung mit den US-Behörden ein Ende nimmt, harrt rund ein Dutzend Schweizer Banken immer noch des Ausgangs der Strafverfahren in den USA (siehe Grafik).

Mit einem geregelten Verfahren können dagegen die über 100 Banken rechnen, die sich im Rahmen eines im August 2013 abgeschlossenen Abkommens mit den US-Justizbehörden selbst für ein Programm zur Beilegung des Steuerstreits anmelden konnten. In dieser Gruppe enthalten sind viele Banken, die nicht ausschliessen können, vereinzelt US-Steuersünder unter ihren Kunden zu haben. Diese haben sich auf Empfehlung der Finanzmarktaufsicht in die Kategorie 2 eingruppiert, darunter auch die Luzerner, die Zuger und die Nidwaldner Kantonalbank.

Aktie legt zu

CREDIT SUISSE sda. Die Anleger haben erleichtert auf die Einigung der CS mit den US-Behörden reagiert. Die Aktie der CS legte bis Börsenschluss um 0,9 Prozent zu und schloss bei 26.32 Franken. Die Rekordbusse belastet das Ergebnis der CS massiv. Da die Busse die Rückstellungen weit übersteigt, wird der Gewinn im zweiten Quartal um 1,6 Milliarden Franken gedrückt. Dadurch wird die Kapitaldecke der Bank geschmälert. Die CS will die harte Kernkapitalquote (CET1) gemäss Basel III noch in diesem Jahr wieder auf 10 Prozent bringen. Unter anderem sollen risikogewichtete Aktiven abgebaut und Liegenschaften verkauft werden.